

bremerFORUM

INFORMATIONEN DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



FOTO: FOCKE STRANGMANN

DEUTSCHLAND BESSER UND GERECHTER REGIEREN

Für ein neues soziales Gleichgewicht in unserem Land *Von Andreas Bovenschulte, SPD-Landesvorsitzender*

Am 11. März hat der SPD-Parteivorstand den Entwurf für ein Regierungsprogramm der SPD beschlossen. Es ist ein gelungener Entwurf, eine überzeugende inhaltliche Begründung unseres Anspruchs, am 22. September die Merkel-Regierung endlich abzulösen. Ein Politikwechsel ist dringend notwendig, weil die Dinge aus dem Lot geraten sind und unsere Gesellschaft in den letzten Jahren immer ungerechter geworden ist. Schulerfolg und Bildungslaufbahn hängen mehr als sonst irgendwo in Europa vom Einkommen der Eltern ab. Trotz guter Ausbildung oder Studium finden immer weniger Absolventen einen sicheren und angemessen bezahlten Einstieg in den Beruf. Zu viele Familien und vor allem Alleinerziehende sind von Armut bedroht. Eine gute Gesundheitsversorgung und Pflege gibt es längst nicht mehr für alle. Die Lasten für die Finanzierung unseres Gemeinwesens sind unfair verteilt.

Das alles muss sich wieder ändern, doch das geht nicht mit der Merkel-Regierung. Merkel ist gut darin, Probleme zu übertünchen, aber nicht gut darin, Probleme zu lösen. Sie ist gut darin, inhaltliche Geschmeidigkeit zu simulieren, aber sie ist eisenhart, wenn es um den wirtschaftsliberalen Kern ihrer Politik geht. Unser Land braucht ein neues soziales Gleichgewicht – aber das wird es nur mit der SPD und einer rot-grünen Bundesregierung geben.

Und das sind die Kernpunkte unseres Regierungsprogramms:

Gute Arbeit: Wir wollen einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro einführen. Mini-Jobs, Befristungen und Leiharbeit wollen wir begrenzen und regulieren, das Tarifsystem und die betriebliche Mitbestimmung stärken. Jungen Menschen wird die SPD das Recht auf Ausbildung sichern.

Wirtschaftlicher Erfolg: Für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands brau-

chen wir eine Stärkung der Industrie, Dienstleistungen von hoher Qualität, qualifizierte Fachkräfte und eine leistungsfähige Infrastruktur. Entscheidende Bedeutung für eine erfolgreiche Wirtschaft hat auch die Energiewende, die unter der Merkel-Regierung zu scheitern droht.

Bildung für alle: Bildung ist der Schlüssel für ein freies, selbstbestimmtes Leben. Darum will die SPD Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Uni – schrittweise, aber mit klarem Ziel. Und wir werden für mehr Ganztagsplätze sorgen. Ohne finanzielle Beteiligung des Bundes wird das nicht gehen, deshalb wollen wir das unsinnige föderale Kooperationsverbot in der Bildungspolitik wieder aufheben.

Gleichberechtigung: Gleichgeschlechtliche Paare dürfen nicht länger benachteiligt werden bei der Ehe, beim Steuer- und beim Adoptionsrecht.

Zum Foto: Der ehemalige Manager von Werder Bremen und heutige Sonderberater des UN-Generalsekretärs für Sport im Dienst von Entwicklung und Frieden, Senator a. D. Willie Lemke, besuchte als Ehrengast die Jubiläumsfeier zum 40-jährigen Bestehen des Ausschusses für internationale Angelegenheiten beim Landesvorstand der Bremer SPD, dessen Gründung in seine Zeit als Landesgeschäftsführer fiel. Die Mitglieder des heute auch unter der Bezeichnung „Forum Eine Welt in der SPD Bremen“ arbeitenden Ausschusses verdienen viel Anerkennung für ihr politisches Engagement.

Fortsetzung auf Seite 2

WOHNEN FÜR ALLE

Wir brauchen ausreichenden und bedarfsgerechten Wohnraum

Von Bürgermeister Jens Böhrnsen

Bremen und Bremerhaven sind lebens- und liebenswerte Städte. Das zeigt sich auch an den Einwohnerzuwächsen, die wir endlich wieder haben, 1.000 allein im letzten Jahr. Doch einher geht eine Verknappung von Wohnraum. Zu lange wurde in Bremen zu wenig gebaut, zu viele Wohnungen mit Bindungen sind ausgelaufen, zu wenige Altbauten und zu wenige Bestandswohnungen wurden mit Rücksicht auf eine Entlastung für Mieterinnen und Mieter saniert.

Deshalb haben wir zum „Bündnis für Wohnen“ in das Rathaus eingeladen. Wir wollen den sozialen Zusammenhalt stärken. Dazu brauchen wir ausreichenden und bedarfsgerechten Wohnraum. Der Bedarf für alle Menschen muss sowohl über Neubauten als auch über die Pflege des Bestandes gesichert werden. Unsere städtischen Wohnungsgesellschaften müssen dabei eine wichtige Rolle spielen. Den unsozialen Mietsteigerungen, wie wir sie in manchen Stadtteilen zurzeit schmerzhaft erleben, wollen wir entgegen treten. Dabei prüfen wir auch, ob die Einführung einer Kapungsgrenze für Mieterhöhungen für bestimmte Stadtteile sinnvoll ist.

Wohnen für alle bedeutet, dass junge Familien mit Kindern ausreichend großen Wohnraum mit einer guten Infrastruktur vorfinden. Grünflächen, Kindertagesstätten und Schulen müssen gut erreichbar sein. Auch muss sichergestellt sein, dass Senioreninnen und Senioren



Bürgermeister Jens Böhrnsen

hinreichend Wohnraum ohne Barrieren vorfinden. Insbesondere für Bestandswohnungen bedeutet dies umfangreiche Umbauten hinsichtlich der Nachrüstung von Aufzügen soweit dies möglich ist, Schwellenfreiheit, breite Türen, Hilfsgeräte im Bad um nur einige Maßnahmen zu nennen. Besondere und neue Wohnmodelle und Wohnformen sollen als Antwort auf aktuelle demografische und gesellschaftliche Veränderungen Wohnquartiere bereichern und zu deren Qualität und Zukunftsfähigkeit beitragen. Auch junge Menschen und Berufseinsteiger müssen in Bremen bezahlbaren Wohnraum vorfinden, der günstig zum Arbeitsplatz oder zur Universität gelegen ist, und der, gerade auch für

Studierende, bezahlbar ist.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, dass pro Jahr 1.400 Wohnungen neu gebaut werden, allein in Bremen. Im Bündnis für Wohnen haben wir uns gemeinsam mit der Bauwirtschaft sowie Interessenverbänden verständigt, dass mindestens 25 % der neu gebauten Wohnungen für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen bezahlbar sein müssen. Solche Wohnungen müssen auch in den sogenannten teureren Stadtteilen zugänglich sein, um der sozialen Spaltung entgegen zu wirken. Darüber hinaus ist genauso wichtig, dass es in Stadtteilen, in denen hauptsächlich Menschen mit geringeren Einkommen leben, Angebote für Haushalte gibt, deren Einkommenssituation sich positiv entwickelt. Nur so können diese in ihrem Umfeld gehalten werden.

Doch was nutzen die besten Ideen, wenn wir sie nicht umsetzen. Der Bedarf ist jetzt da, das muss unsere Verpflichtung sein. Unser Ziel ist es, dazu beizutragen, dass in Bremen schnell gebaut werden kann, etwa durch Verfahrensvereinfachungen, durch Entbürokratisierung und einer einheitlichen Ansprechperson in der Behörde für die Bauwirtschaft. Trotz Haushaltsnotlage, wir nehmen viel Geld in die Hand, um den Bau von bezahlbarem Wohnraum zu fördern. Und auch unsere Wohnungsbauvereinigungen kaufen und pflegen nicht nur Wohnraum, sie steigen wieder in die Produktion ein. ■

Fortsetzung von Seite 1

Wir werden mit einem Entgeltgleichheitsgesetz dafür sorgen, dass Frauen für die gleiche Arbeit auch den gleichen Lohn wie Männer bekommen. Eine 40-Prozent-Quote für Aufsichtsräte und Vorstände großer Unternehmen wird Hürden für Frauen abbauen.

Gerechte Steuer- und Finanzpolitik: Damit starke Schultern wieder mehr tragen als schwache wird die SPD den Spitzensteuersatz auf 49 Prozent anheben. Hinzu kommt eine Vermögensteuer, die Normalverdiener mit Einfamilienhaus und auch den Mittelstand nicht belasten wird. Kapitalerträge sollen künftig mit 32 statt mit 25 Prozent besteuert werden.

Für Bremen und Bremerhaven sehr erfreulich ist, dass sich der Entwurf ausdrücklich zur solidarischen Entschuldung der Länder und Kommunen bekennt. Auf unsere Initiative hin wurde folgender

Satz aufgenommen: „Im Zuge der Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs werden wir eine Lösung für die Altschulden der Länder und Kommunen u. a. durch Einrichtung eines nationalen Schuldentilgungsfonds finden.“

Soziale Sicherung: Im Gesundheitssystem und in der Pflege wird die SPD die Bürgerversicherung für alle Neu- und alle gesetzlich Versicherten einführen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden wieder zu gleichen Teilen zur Finanzierung herangezogen.

Wer sein Leben lang hart gearbeitet hat, muss auch eine gute Rente bekommen. Für die SPD heißt das unter anderem: Sicherung des derzeitigen Rentenniveaus, abschlagsfreier Zugang zur Rente ab 63 Jahren nach 45 Versicherungsjahren, keine Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente, Solidarrente von mindes-

tens 850 Euro nach 30 Beitrags- und 40 Versicherungsjahren. Die Anhebung des Renteneintrittsalters wird die SPD aussetzen, solange nicht mindestens die Hälfte der Über-60-Jährigen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat.

Soziales und demokratisches Europa: Die SPD will ein Europa der Bürgerinnen und Bürger und eine starke Sozialunion, die Lohndumping und Sozialabbau verhindert. Dazu gehört auch eine abgestimmte Steuerpolitik. Wir brauchen eine demokratische vom EU-Parlament gewählte EU-Kommission und eine Stärkung der Gesetzgebungskompetenz des Parlaments.

Am 14. April wird der Bundesparteitag in Augsburg das Programm endgültig verabschiedet. Aber schon jetzt werben wir um jede Stimme für klare Mehrheiten am 22. September: für eine freie, solidarische und gerechte Gesellschaft. ■

TERMINE:

PARTEITAGE:

**Unterbezirksparteitag
Bremen-Nord**

**DONNERSTAG,
4. APRIL 2013,
19:00 UHR**

**Strandlust Vegesack
Rohrstraße 11
28757 Bremen**

**Unterbezirksparteitag
Bremen-Stadt**

**DONNERSTAG,
11. APRIL 2013,
19:00 UHR**

**Bürgerzentrum Neue Vahr
Berliner Freiheit 10
28327 Bremen**

**Unterbezirksparteitag
Bremerhaven**

**DONNERSTAG,
18. APRIL 2013,
19:00 UHR**

**Rickmersstraße 90
27568 Bremerhaven**

Landesparteitag

**SAMSTAG,
24. APRIL 2013
10:00 UHR**

**BLG-Forum, Am Speicher XI
28217 Bremen**

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesorganisation
Bremen
Obernstraße 39–43
28195 Bremen
Tel.: 0421/3 50 18-0
Fax: 0421/3 50 18-37
info-bremen@spd.de

Redaktion:
Roland Pahl (V.i.S.d.P.),
Djubin Pejouhandeh.
Namentlich gezeichnete
Beiträge werden von den
Autoren verantwortet.
Seite 3: SPD-Bürger-
schaftsfraktion Bremen,
André Städler (V.i.S.d.P.),
Wachtstraße 27/29,
28195 Bremen

Arbeit im Rettungsdienst anerkennen und absichern!

Bremische Bürgerschaft beschließt einstimmig Initiative der SPD-Fraktion

Rettungssanitäter und Rettungsassistenten sind die ersten professionellen Helfer, die am Notfallort eintreffen, um bei Lebensgefahr medizinische Hilfe zu leisten. Damit leisten sie unverzichtbare lebensrettende Arbeit im Land Bremen und in der gesamten Bundesrepublik. Gemessen an der Verantwortung, die das Rettungspersonal hat, ist die Vergütung allerdings gering, die Arbeitsbelastung hoch und die Arbeitszeit überdurchschnittlich. Der "Rettungssanitäter" wird im Rahmen eines 520-stündigen Lehrgangs erworben und stellt keinen anerkannten Berufsabschluss dar. Der „Rettungsassistent“ ist zwar ein anerkannter Berufsabschluss mit einer in der Regel zweijährigen unvergüteten Ausbildungsdauer, ein Wechsel in andere Tätigkeitsfelder des Gesundheitswesens ist aber nicht möglich. In Bremen wird der Rettungsdienst von Angestellten bei Hilfsorganisationen, Ehrenamtlichen und Feuerwehrbeamtinnen und -beamten geleistet.

Auf Bundesebene wird zurzeit an einer Reform der Rettungsdienstausbildung gearbeitet, die aus unserer Sicht leider viele wichtige Fragen unbeantwortet lässt“, so der innenpolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Sükrü Senkal. So sieht der aktuelle Gesetzentwurf den



Sükrü Senkal, innenpolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion

ehrenamtlichen Rettungssanitäter im Rettungssystem nicht mehr vor. Der bisherige Rettungsassistent soll künftig durch eine Prüfung (wenn sie länger als fünf Jahre im Beruf sind), durch eine dreimonatige Zusatzausbildung (wenn sie länger als drei Jahre im Beruf sind) oder durch eine sechsmonatige Zusatzausbildung zum „Notfallsanitäter“ werden können. Durch den Wegfall des Rettungssanitäters ist fraglich, wie das Ehrenamt zukünftig weiter in das Rettungs-

wesen integriert werden kann. "Traditionell ist die Qualifizierung von Ehrenamtlichen zum Rettungssanitäter für viele der Einstieg in den Rettungsdienst. Das Ehrenamt ist überaus wichtig für unser Gemeinwohl, zugleich stellt es die Basis für das vielfältige Engagement unserer Wohlfahrtsverbände dar“, so Senkal.

Nicht geregelt ist auch die Frage, wer die Ausbildungszeit des neuen „Notfallsanitäters“ in die Feuerwehrausbildung bspw. in Bremen integriert werden kann. Der SPD-Innenpolitiker weist aber auch noch auf ein weiteres drängendes Problem hin, dem sich Rettungskräfte nahezu täglich gegenübersehen: „Die Anforderungen an ein modernes Rettungswesen machen es zwingend erfor-

derlich, dass das Rettungsdienstpersonal invasive Maßnahmen wie beispielsweise die Defibrillation oder die Intubation und die Gabe von ausgewählten Medikamenten in Abhängigkeit vom Einsatzgeschehen auch eigenverantwortlich durchführen. Diese, im Sinne der Notfallpatientinnen und -patienten lebenswichtigen Hilfeleistungen finden aber im bisherigen Recht keinerlei Absicherung. Das Rettungsdienstpersonal ist deshalb regelmäßig gezwungen, gesetzliche Notstandsregelungen für sich in Anspruch zu nehmen. Das ist ein Zustand, der aus meiner Sicht nicht haltbar ist.“

Darüber hinaus machen es die besonderen physischen und psychischen Belastungen des Rettungsdienstpersonals unumgänglich, dass für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Übergänge von Berufen im Rettungswesen in andere Gesundheits- und Pflegeberufe deutlich verbessert werden. "Der Bundesrat wird in seiner nächsten Sitzung die Reform beraten. Deshalb war es wichtig, dass die Bremische Bürgerschaft in ihrer letzten Sitzung im März dem Senat den Auftrag gegeben hat, die aus unserer Sicht noch offenen Fragen bei der Neuausrichtung in die Beratungen auf Bundesebene miteinzubringen“, so Senkal abschließend. (as) ■

WEICHEN STELLEN FÜR GERECHTE BUND-LÄNDER-FINANZBEZIEHUNGEN: BREMEN BEZIEHT POSITION

Zehn-Punkte-Papier zum Länderfinanzausgleich

Von Bürgermeisterin Karoline Linnert (B'90/Die Grünen) und Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD)

Bremen ist ein starker Wirtschaftsstandort und leistet mit seiner Hafeninfrastuktur einen wichtigen Beitrag für die deutsche Exportwirtschaft. Unsere Hochschulen leisten mit ihrer Forschung und mit der Lehre einen Beitrag weit über die Landesgrenzen hinaus. Durch die bestehenden Regeln bei der Lohnsteuererlegung und der Umsatzsteuerverteilung wird Bremen besonders benachteiligt. Obwohl Bremen das zweithöchste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf im Ländervergleich hat, bewirkt die ungerechte Steueraufteilung die starke Abhängigkeit vom Länderfinanzausgleich.

1. Bremen steht zum kooperativen Föderalismus und dem bundesstaatlichen Solidarprinzip. Der Finanzausgleich soll gleichwertige Lebensverhältnisse in Deutschland sichern. Die unterschiedlichen Bedingungen in den verschiedenen Ländern werden es immer erforderlich machen, die Finanzkraft zwischen den Ländern auszugleichen. Eine „Übernivellierung“ findet im bestehenden Finanzausgleich – auch entgegen anderslautender Behauptungen – nicht statt. Ein Land, das vor dem LFA finanzstark und an der Spitze war, ist es auch hinterher noch.

2. Bremen wird sich gegen die Angriffe der Landesregierungen Bayerns und Hessens aktiv zur Wehr setzen und offensiv eigene Anliegen vertreten. Die Stadtstaaten im Allgemeinen und Bremen im besonderen geraten durch die angekündigte Klageschrift in den Mittelpunkt der Kritik. Wir werden nicht nur die ungerechtfertigten Darlegungen zurückweisen, sondern unsere Argumente für eine umfassendere Neugestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen vortragen.

3. Bremen wird sich weiter dafür einsetzen, dass die besonderen Belastungen der Stadtstaaten ausreichend berücksichtigt werden. Die vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich aner-

kannte strukturelle Andersartigkeit der Stadtstaaten wird durch die Einwohnerwertung gegenüber den Flächenländern zum Ausdruck gebracht. Bislang beträgt die Einwohnerwertung der Stadtstaaten 135%. Um den tatsächlichen Bedarf abzubilden, fordern wir eine Erhöhung.

4. Bremen erwartet eine angemessene Beteiligung von Bund (und Ländern) an Hafencosten. Ohne die Bremischen Häfen gäbe es keinen Exportmeister Deutschland. Die Investitionshilfen für die Häfen sind zu gering, um einen angemessenen Ausgleich für die Hafencosten zu leisten. Die Infrastruktur in den Häfen ist auch eine nationale Aufgabe und muss von allen mitfinanziert werden.

5. Es ist erforderlich, dass die Finanzprobleme deutscher Großstädte gelöst werden. Als Stadtstaat ist Bremen von den (kommunalen) Finanzproblemen deutscher Großstädte in vollem Umfang betroffen, insbesondere von dem extremen Anstieg der Sozialleistungsausgaben. Wir erwarten durch eine Beteiligung des Bundes an der Eingliederungshilfe und höheren Anteilen an den Kosten der Unterkunft eine Entlastung finanzschwacher Kommunen.

6. Die Finanzkraft der Kommunen muss den Ländern vollständig zugerechnet werden. Als Stadtstaat wissen wir, dass die Bürger nicht zwischen Leistungen des Landes und der Kommunen unterscheiden. Von daher macht es im LFA auch keinen Sinn, die Finanzkraft der Kommunen nur mit 64% zu berücksichtigen. Deshalb muss die Finanzkraft der Kommunen vollständig beim LFA berücksichtigt werden.

7. Bremen erwartet, dass alle Finanzströme zwischen Bund und Ländern in den Blick genommen werden. Es gilt, alle horizontalen und vertikalen Umverteilungsmechanismen in den Blick zu nehmen. Der LFA im engeren Sinne beinhaltet nur einen relativ kleinen Teil der gesamten Finanzbeziehungen inner-

halb der Bundesrepublik – ein wahres Bild der Verteilung und Umverteilung ergibt sich erst bei Einbeziehung der Steuerverteilung und weiterer Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen, bspw. im Verkehrs- und im Sozialbereich.

8. Bremens Benachteiligung bei der Steuerverteilung muss beseitigt werden.

Bei der Steuerverteilung wird die Steuerkraft Bremens wie bei keinem anderen Land durch Lohnsteuererlegung und Umsatzsteuerverteilung erheblich reduziert. Dieses muss im Finanzausgleich im engeren Sinne dann wieder aufgefüllt werden.

9. Bremen lehnt Zuschlagsrechte der Länder auf Steuern ab. Steuerwettbewerb zwischen den Ländern schafft mehr Probleme, als er löst. Während finanzschwache Länder zu immer weiteren Steuererhöhungen gezwungen wären, würden finanzstarke Länder ihre Standortbedingungen durch niedrige Steuern immer weiter verbessern. Die Stadtstaaten in ihrer „Insellage“ würden durch einen Steuerwettbewerb mit dem umgebenen Ländern vor besondere Probleme gestellt. Außerdem würde durch unterschiedliche Steuersätze – gerade bei der Lohnsteuer – ein erheblicher bürokratischer Aufwand für die Arbeitgeber und die Finanzverwaltung entstehen.

10. Bremen hält eine Lösung der Altschuldenproblematik der Länder und Kommunen für dringend erforderlich. Aufgrund von unterschiedlichen Schuldenständen und daraus resultierenden Zinsbelastungen haben die Länder sehr unterschiedliche Ausgangslagen, die die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gefährden. Es ist deshalb erforderlich, eine Lösung für das Problem der Altschulden der Länder und Kommunen zu finden. Wir wollen auch die freiwerdenden Einnahmen aus dem Soli zur Finanzierung eines Altschuldenfonds nutzen. ■



FOTO: PRESSESTELLE DER FINANZSENATORIN

Karoline Linnert (Bündnis 90/Die Grünen), seit Beginn der Rot-Grünen Koalition im Juni 2007 Bürgermeisterin und Finanzsenatorin der Freien Hansestadt Bremen



FOTO: PATRICE KUNTE/CHRISTIAN BEHRNS

Jens Böhrnsen, seit November 2005 Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen